



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V. (BeB)

Aktuell seit 30.06.2026 07:37:47

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003790
Ersteintrag:	24.03.2022
Letzte Änderung:	30.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Invalidenstraße 29 10115 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493083001271 E-Mail-Adressen: fischer@beb-ev.de Webseiten: https://beb-ev.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

30.001 bis 40.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,60

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Frank Stefan**
Funktion: Vorsitzender
2. **Barbara Heuerding**
Funktion: Geschäftsführerin
3. **Dr. Christian Geyer**
Funktion: stellv. Vorsitzender seit Januar 2025

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Nadja Abuchater-Bier**
2. **Karsten Isaack**
3. **Marion Linder**
4. **Nina vom Hove**
5. **Frank Stefan**
6. **Barbara Heuerding**
7. **Dr. Christian Geyer**

Gesamtzahl der Mitglieder:

318 Mitglieder am 25.03.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. Diakonie Deutschland, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
2. Förderkreis Gedenkort T4 e. V.
3. NEkoB e. V.
4. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
5. Deutsches Institut für Menschenrechte e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Digitalisierung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Sonstiges im Bereich "Recht"; Pflegeversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e. V. (BeB) vertritt als evangelischer Fachverband für Teilhabe die Interessen der Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe sowie der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung samt ihrer Angehörigen. Die Interessenvertretung erfolgt auf Grundlage eines christlichen Menschenbildes und der UN-Behindertenrechtskonvention.

Im Rahmen seiner politischen Arbeit sucht der BeB regelmäßig den direkten Austausch mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, insbesondere mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Dies geschieht durch persönliche Gespräche, schriftliche Stellungnahmen und Positionspapiere. Zu einzelnen Veranstaltungen, Projekten und teilhabe-, inklusions- und gesundheitspolitischen Dialogformaten werden auch Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen.

Ziel ist es, die gesellschaftlichen und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine inklusive, menschenwürdige und zukunftsfähige Teilhabe der Menschen mit Behinderung und psychischer Erkrankung gleichberechtigt mit anderen Menschen ermöglicht wird.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. **Weiterentwicklung der Pflegeleistungen für Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen (§ 43a SGB XI)**

Beschreibung:

Ziel ist die gesetzliche Weiterentwicklung des § 43a SGB XI zur Finanzierung pflegerischer Leistungen für Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen. Der bestehende pauschale Leistungsbetrag soll durch ein bedarfsorientiertes, an Pflegegraden ausgerichtetes Referenzsystem ersetzt werden. Zudem soll sichergestellt werden, dass Pflegeleistungen weiterhin integraler Bestandteil der Eingliederungshilfe bleiben und auch bei steigenden Pflegebedarfen ein Verbleib in der gewählten Wohnform möglich ist. Ergänzend wird eine Anpassung der Regelungen im SGB IX, insbesondere § 103 SGB IX, angestrebt.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

2. **Weiterentwicklung und Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zur Stärkung personenzentrierter Eingliederungshilfe**

Beschreibung:

Ziel ist die Weiterentwicklung und Konkretisierung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und der Regelungen im SGB IX und SGB XII zur Sicherstellung personenzentrierter, bedarfsgerechter Leistungen der Eingliederungshilfe. Dazu gehören insbesondere

Anpassungen bei Bedarfsermittlung und Gesamtplanverfahren, Vergütungs- und Vertragsrecht, Schiedsstellenverfahren sowie bei der Berücksichtigung von Wohn- und Pflegebedarfen. Weiterhin werden gesetzliche Klarstellungen zur Durchsetzung des Wunsch- und Wahlrechts, zur Finanzierung von Leistungen sowie zur Entbürokratisierung und Verbesserung der Steuerungs- und Aufsichtsstrukturen angestrebt.

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB9uaÄndG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

3. **Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung zur Feststellung des Grades der Behinderung (GdB)**

Beschreibung:

Ziel ist die Anpassung der Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV), insbesondere der versorgungsmedizinischen Grundsätze zur Feststellung des Grades der Behinderung (GdB) und von Merkzeichen. Die Interessenvertretung zielt auf Klarstellungen zur Anwendung der ICF, zur Sicherstellung unveränderter GdB-Bewertungsmaßstäbe sowie zur Ausgestaltung der Begutachtungsverfahren. Darüber hinaus werden Regelungen zur Berücksichtigung von Befunden im Feststellungsverfahren, zur Heilungsbewährung sowie zur Transparenz der Verordnungsgrundlagen adressiert.

Bundesrats-Drucksachenummer:

[BR-Drs. 353/25 \(Vorgang\) \[alle RV hierzu\]](#)

Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB9uaÄndG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606160034 \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. **Entbürokratisierung in der Eingliederungshilfe zur Vereinfachung von Verfahren und Dokumentationspflichten**

Beschreibung:

Ziel ist der Abbau bürokratischer Anforderungen in der Eingliederungshilfe durch gesetzliche und administrative Vereinfachungen. Dazu gehören insbesondere

Vereinheitlichung und Reduzierung von Dokumentationspflichten, Digitalisierung und Standardisierung von Antrags- und Bewilligungsverfahren, Anpassungen bei Bedarfsermittlung und Gesamtplanverfahren sowie Beschleunigung von Verwaltungsprozessen. Zudem sollen Genehmigungsfiktionen ausgeweitet, Verfahren vereinheitlicht und rechtliche Rahmenbedingungen für digitale Kommunikation und Nachweisführung geschaffen werden, um Fachkräfte zu entlasten und Ressourcen stärker auf die Leistungserbringung auszurichten.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

5. **Gesetz zur Stärkung der Pflegekompetenz - Pflegekompetenzgesetz - PKG**

Beschreibung:

Ziel ist die Weiterentwicklung gesetzlicher Regelungen im Bereich Pflege durch das Pflegekompetenzgesetz (PKG), insbesondere im SGB V und SGB XI. Im Fokus stehen die Erweiterung von Kompetenzen für Pflegefachpersonen, Anpassungen bei Leistungsansprüchen und Pflegeberatung sowie Regelungen zur Begutachtung, Versorgung und Finanzierung von Pflegeleistungen. Zudem werden Klarstellungen zur Leistungserbringung, zur Rolle weiterer Berufsgruppen sowie zur Ausgestaltung von Unterstützungsleistungen und Ansprüchen von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen adressiert.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606160002** (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

6. **Verordnung zur Verwendung von Kommunikationshilfen in Gerichtsverfahren (GKHV)**

Beschreibung:

Ziel ist die Konkretisierung des § 186 GVG durch eine Verordnung zur Verwendung von Kommunikationshilfen in Gerichtsverfahren (GKHV), um barrierefreie Kommunikation und einen gleichberechtigten Zugang zur Justiz für Menschen mit Behinderung sicherzustellen. Im Fokus stehen Regelungen zum Anspruch auf Kommunikationshilfen, deren Ausgestaltung und Bereitstellung sowie zum Verfahren, einschließlich Wahlrechten der

Betroffenen, Hinweispflichten und Vergütung. Zudem werden Anpassungen zur Erweiterung des Anwendungsbereichs, zur Vermeidung von Zugangshürden und zur Sicherstellung eines fairen Verfahrens adressiert.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Verwendung von Kommunikationshilfen für hör- oder sprachbehinderte Personen in Gerichtsverfahren (Gerichtskommunikationshilfenverordnung - GKHV) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.02.2026

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606160040 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

7. Ausgestaltung des Zukunftspakts Pflege zur Verbesserung der Pflegeleistungen und Unterstützung pflegender Angehöriger

Beschreibung:

Ziel ist die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich Pflege im Rahmen des Zukunftspakts Pflege. Im Fokus stehen die Sicherstellung gleichwertiger Pflegeleistungen für Menschen mit Behinderung unabhängig von der Wohnform, die Weiterentwicklung der Leistungen der Pflegeversicherung sowie die Stärkung der Unterstützung pflegender Angehöriger. Hierzu gehören insbesondere Regelungen zur Ausgestaltung von Leistungsansprüchen, zur Verzahnung von Pflege und Eingliederungshilfe, zur Fachkräftesicherung sowie zur Verbesserung von Entlastungs-, Präventions- und Unterstützungsangeboten.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

8. Erstes Kinder- und Jugendhilfestrukturreformgesetz (1. KJHSRG)

Beschreibung:

Ziel ist die Weiterentwicklung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen des 1. Kinder- und Jugendhilfestrategiegesetzes - SGB VIII. Im Fokus stehen die Ausgestaltung von Leistungsansprüchen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, insbesondere im Bereich Bildung, Teilhabe und Übergänge ins Erwachsenenalter. Thematisiert werden u. a. die Balance zwischen infrastrukturellen und individuellen Leistungen, der Zugang zur Eingliederungshilfe, der Behinderungsbegriff sowie Fragen der Kostenbeteiligung, Bedarfsermittlung und Leistungsplanung. Zudem werden Regelungen zu Mobilität, Frühförderung und zur rechtlichen Absicherung von Teilhaberechten adressiert.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]; SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606160042 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

9. Vermeidung von Leistungskürzungen in der Eingliederungshilfe (Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen)

Beschreibung:

Ziel ist die Einflussnahme auf politische Überlegungen zur Begrenzung von Ausgaben in der Eingliederungshilfe im Kontext des Vorschlagsprozesses „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“. Im Fokus steht die Ablehnung von Maßnahmen, die zu Einschränkungen von Teilhabeleistungen führen würden, sowie die Sicherung individueller Leistungsansprüche. Thematisiert werden u. a. Leistungen zur Teilhabe an Bildung, Assistenzleistungen, Wunsch- und Wahlrechte, Hilfsmittelversorgung sowie Regelungen zur Einkommens- und Vermögensanrechnung. Zudem werden Alternativen wie Entbürokratisierung und Digitalisierung adressiert.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.160.001 bis 1.170.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[Lobbyregister-Jahresabschluss-2025.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[2024-04-17-TOP-4-4-Anlage-Verhaltenskodex-des-BeB-FINAL.pdf](#)